

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abonnement: Die Expeditionen Zelle 1, 50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Korbposten 2.— Mk. Postgebühren nach bei. Karte, die Expeditionen Korbposten 2.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Bei Bestellung nach Danzig. Annahme bis 1. Okt. — Postfach Danzig 2946.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 214

Mittwoch, den 14. September 1921

12. Jahrgang

Ehrhardt-Banditen als Mörder Erzbergers.

Die Mörder Erzbergers ermittelt. Über noch lange nicht festgenommen.

München, 13. Sept. Der Staatsanwalt in Oppenau hat als die Mörder Erzbergers zwei bisherige Einwohner Münchens ermittelt und sündet nun nach ihnen. Es handelt sich um den 28 jährigen Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld an der Saale und den 27 jährigen Studenten Heinrich Tilleßen aus Köln-Lindenthal. Beide Mörder sind früher Offiziere gewesen und gehörten seinerzeit der Brigade Ehrhardt (!!!) an.

Berlin, 13. Sept. Unter dem Verdacht der Mitwisserschaft mit den Mördern Erzbergers ist hier eine aus einer Witwe, mehreren Töchtern und einem Sohne, einem früheren Redakten, bestehende Familie verhaftet worden.

München, 13. Sept. Wie jetzt festgestellt ist, haben die Mörder Erzbergers in München gewohnt und sind von hier aus zur Zeit der Tat nach dem Tatort gefahren. Sie sind nämlich und der Staatsanwalt von Oppenau sündet nach dem am 20. Juli 1893 in Saalfeld (Thüringen) geborenen Kaufmann Heinrich Schulz und dem am 27. November 1894 in Köln-Lindenthal geborenen Studenten Heinrich Tilleßen. Die beiden haben seit April 1921 in verschiedenen Stadtwerken des Hauses Maximilianstraße 33 in München gewohnt und sich weiter nicht auffällig benommen. Man wurde erst auf sie als vermutliche Täter aufmerksam, als der Besitzer des Gasthofes „Zum Hirschen“ in Oppenau sich zweiter Gasse erinnerte, die unter den hier angegebenen Namen zur Zeit des Mordes bei ihm wohnten und nach der Tat verschwanden. Bekanntlich konnten auf Grund der umfangreichen Erhebungen die Personalien ziemlich genau festgestellt werden. Die besonderen Merkmale, das verkümmerte Ohr bei Schulz und die abnorme Nasenbildung bei Tilleßen, die angegeben werden konnten, führten die Münchener Spur der Flüchtlinge. Auch die schnelle Abreise der beiden von München — sie meldeten sich nicht ab und ließen ihr Gepäck zurück — ist ein schlagender Beweis für die Täterschaft. In München trafen ein Generalstaatsanwalt sowie ein Staatsanwalt und ein Landgerichtsrat aus Offenbach und Karlsruhe ein, um die weiteren Erhebungen fortzusetzen. Mit den Münchener Behörden wurden sofort Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der beiden veranstaltet, die für die Fahndung und die Befastung der beiden erhebliches Material lieferten.

Berlin, 13. Sept. In Verbindung mit den Ermittlungen der badischen Staatsanwaltschaft, die zur Feststellung der Mörder Erzbergers führte, hatte die Abteilung 1 a des Berliner Polizeipräsidiums vor einigen Tagen mehrere Mitglieder einer in Groß-Berlin wohnenden Familie festgenommen. Die Festgenommenen, unter ihnen ein ehemaliger Führer der Ehrhardt-Brigade, der 1919 bis 1920 zusammen mit den Mördern bei der Brigade Ehrhardt Dienst getan hatte, standen in engen Beziehungen zu den Tätern. Drei Wochen vor der Mordtat waren die Mörder von München nach Berlin gekommen und hatten hier vom 6. bis 12. August bei den Festgenommenen gewohnt. Die gleichzeitig mit der Festnahme vorgenommene Hausdurchsuchung förderte mehrere Photographien der Mörder und handschriftliche Korrespondenz zu Tage. Die Vernehmung der Verhafteten hat ergeben, daß sie ihrer politischen Gesinnung nach auf rechtsradikalem Boden stehen, und daß sie die Person und das Werk Erzbergers auf das schärfste verurteilen. Da ihnen aber hinsichtlich des Mordes weder eine Mitäterschaft noch eine Mitwisserschaft nach einer Begünstigung nachgewiesen werden kann, sind sie am Abend von der Polizei wieder aus der Haft entlassen worden.

Die Reichfertigkeit dieser Haftentlassung ist für die Handhabung der deutschen Justiz höchst kennzeichnend. Es ist ja gewiß ein begrüßenswerter Fortschritt, wenn zweieinhalb Wochen nach der Ermordung Erzbergers schon die Spur der Täter gefunden worden ist. Aber bis zur Verhaftung — reichsweite Verurteilung und Strafverbüßung — der Mörder ist noch ein sehr weiter Schritt, und er wird wahrhaftig nicht beschleunigt, wenn man den der Mitwisserschaft in höchstem Grade Verdächtigen Gelegenheit gibt, die gesundene Spur wieder zu verwischen.

Die Verteilung der Mandate im Thüringer Landtag.

Erfurt, 13. Sept. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen haben insgesamt erhalten: SPD. 152 178, Landbund 123 686, USPD. 109 749, Deutsche Volkspartei 108 719, Kommunisten 64 935, Deutsch-nationale Volkspartei 50 739, Demokraten 36 677, Zentrum

6206 und Wirtschaftspartei 4126 Stimmen. Danach können als gewählt gelten: Mehrheitssozialdemokraten 12, Landbund 10, Unabhängige 9, Deutsche Volkspartei 9, Kommunisten 5, Deutsch-nationale 4, Demokraten 3, Zentrum 0, Wirtschaftspartei 0 Abgeordnete.

Die Neubildung der bayerischen Regierung.

München, 13. Sept. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, wird am Mittwoch der Kabinettsrat des Landtages zusammentreten, um sich über die Einberufung des Landtages schlüssig zu werden. Die Fraktionen und die Parteiführer werden gleichfalls am Mittwoch Besprechungen abhalten, die die Neubildung der Regierung zum Gegenstand haben.

München, 13. Sept. Der „Staatszeitung“ zufolge wird die Neuwahl des bayerischen Ministerpräsidenten kaum vor zwei bis drei Wochen erfolgen.

Daß diese Verschiebung der Neubildung der bayerischen Regierung etwa durch geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten bedingt sei, will uns nicht einleuchten. Es scheint vielmehr, als ob Rahr und seine Mitarbeiter Zeit gewinnen wollen, um, gestützt auf neue Sympathieumgebungen der Rechtsparteien, in die Regierung zurückkehren zu können. Der Rücktritt des bayerischen Kabinetts würde sich dann als ein wohlwogener Bluff herausstellen, der alles andere als dem inneren Frieden der deutschen Republik dienen würde.

Das russische Kinderelend.

Kopenhagen, 13. Sept. Nach einer Meldung von „Politiken“ aus Riga ist die Lage im Wolgagebiet viel schlimmer, als man sich denken kann. In den Städten herrscht Typhus und Cholera. Die Sterblichkeit der Kinder wächst erschreckend.

Paris, 13. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Riga sind 48 000 halbverhungerte und halbnackte Kinder, die aus der Wolgagegend kommen, in Tscheljabinsk gesammelt worden. Sie werden nach Sibirien transportiert werden.

Berlin, 13. Sept. Die ärztliche Expedition des Roten Kreuzes ist heute früh an Bord des „Triton“ nach Petersburg in See gegangen. Voraussichtlich wird die Expedition unmittelbar nach ihrem Eintreffen die praktische ärztliche Arbeit beginnen können.

Landarbeiterstreik in Mitteldeutschland.

Mansfeld, 13. Sept. Bei dem noch nicht weitgreifenden Landarbeiterstreik im Mansfelder Lande handelt es sich um einen von einem kommunistischen Agitator verurteilten Leisestreit, bei dem auch die Rotstandsarbeiten verweigert werden. In einigen Ortschaften ist die Arbeit völlig eingestellt. Die landwirtschaftliche Nothilfe wurde bereits eingestellt.

Dieser Meldung des nicht objektiven Wolff-Bureaus gegenüber ist zunächst eine gewisse Vorsicht geboten, zumal da in agrarischen Kreisen die Zurückführung jeder Bewegung der Landarbeiterschaft zur Besserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage auf kommunistische Höhe besonders beliebt ist. Sollte jedoch in der Tat dieser Streik lediglich das Werk eines kommunistischen Agitators sein, so wirkt die dadurch bedingte Schädigung der Volksernährung wieder ein bezeichnendes Licht auf die Volksfreundlichkeit der Kommunisten.

Englische Arbeitslose für den Wiederaufbau Nordfrankreichs.

London, 15. Sept. 200 arbeitslose ehemalige Kriegsteilnehmer sind heute früh nach Frankreich abgefahren, um beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete verwendet zu werden. Wenn der Versuch befriedigende Ergebnisse zeitigt, sollen weitere Gruppen von Arbeitslosen folgen.

Es ist nicht einzusehen, warum dieser Versuch keine befriedigende Ergebnisse zeitigen sollte. Diese in doppeltem Sinne soziale Tat hat nur den einzigen Fehler, daß sie mit Rücksicht auf die französischen Wiederaufbaugewinnler in viel zu geringem Umfange stattfindet.

Jugoslawische Drohung gegen Ungarn.

Graz, 13. Sept. Die „Tagespost“ meldet aus Belgrad: Am heutigen Ministerrat erklärte Ministerpräsident Pašić über die ungarische Frage, Jugoslawien werde im Einvernehmen mit den übrigen Staaten der kleinen Entente fest darauf beharren, daß die Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon durchgeführt werden müßten. Sollte Ungarn die im Friedensvertrage vorgesehenen Kohlenlieferungen nicht erfüllen, so würde Jugoslawien zur Beschaffung von Kohlen gezwungen sein.

Alideutsche und Alifranzosen.

Von Jakob Klumauer.

Der Alideutschen und ihrem Herrn Ribendorff kommt ein un- erwarteter Bundesgenosse zur rechten Zeit: der „Temps“. Unter dem Titel „Der Demonstrationstrümmel und das Aussehen“ gibt die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Krakerungen des Pariser Blattes anlässlich der gewolligen republikanischen Kundgebungen wieder:

„Die deutschen Revolutionäre, die vergebens gehofft haben, daß die Morde an Eisner, Siebsch, an Rosa Luxemburg, an Garibaldi und an manchen anderen der nationalsozialistischen Propaganda Schaden würden, haben seinen Stun für die Wirklichkeit, wenn sie denken, den Tod des unpopulärsten Mannes in Deutschland zugunsten ihrer politischen Interessen ausbeuten zu können. Indem sie das Protestat auf die Straße wiesen, indem sie es gegen die Kapitalisten und die Bürger ausriefen, spielten sie das Spiel der Kommunisten, die nur an Inordnung denken, und durch den Raststoß das Spiel der Reaktion.“

Reiflich anschließend bemerkt dazu die „Deutsche Tageszeitung“, sie könne den deutschen Republikanern nur empfehlen, die fremde Presse zu eigenem Nutzen zu lesen.

Wie kommt es denn zu den Propheten? Wenn zu allen Zeiten irgend ein sozialdemokratisches oder sozialistisches Blatt die Taten der Alideutschen im Spiegel der ausländischen Presse oder in der Wirkung von Ententemaßnahmen gegen Deutschland gezeigt hat, so ist sofort die Botschaft: „Soldatendiebstahl“, Erzberger ist ja nicht bloß das Opfer jener reaktionären Verleumdungen geworden, die ihn als gestauten Agenten der ausländischen Welt bezeichnet haben, weil er die Konsequenzen aus dem militärischen und politischen Zusammenbruch gezogen und die Rücksicht auf das Ausland nahm, die ein durch die Politik der Alideutschen Gasarbeit geschlagener und zur Schmachtheit verurteilter Deutschland nehmen muß. Alles in allem, das wir über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus erdulden mußten, war die Folge des alideutschen Revolutionsgeschreies, des Bestimmungsentwerfers, der Beschlüßfertiger, der Hohnzettelkicker, der Orgelkämpfer, der Stahlhelme, der Adlonkämpfer, und wie die Narren heißen, die ihren Gefinnungsgeossen an der Seine und an der Themse die Waffen geschenkt haben. Kein anderer als der „Temps“, der letzte Kronzeuge der alideutschen Zeitung, ist es gewesen, der täglich die französischen Verleumdungen durch diese alideutschen Soldaten und Revolutionen rechtfertigte und als beländige Verdrehung und Beunruhigung Frankreichs bezeichnete. Niemals ist es irgend einem reaktionären Blatt eingfallen, „zum eigenen Nutzen die fremde Presse zu lesen“. Niemals haben die Weltart, Wulle, Hindenburg, Rahr und Eitel-Schieberich der eingeschlagenen Feindespartei gelacht, die das deutsche Volk immer wieder teuer bezogeln mußte.

Wenn jetzt der „Temps“ seinen deutschen Lesern beibringt und mit ihnen den kommunistischen Diktator vor die Scheibe stellt, so enthält diese Waffenbrüderlichkeit ein wertvolles Eingeständnis. Es ist uns nicht neu. Wie oft haben wir gesagt: Die Ribendorff und Helfferich müßten zu Ehrenmitgliedern der französischen Chauvinisten und Imperialisten ernannt werden! Woher sollten Clemenceau oder Briand die Gründe für ihre Politik gegen Deutschland ableiten, wenn sie ihren nicht ständlich von den deutschen Monarchisten und Militaristen geliefert würden! Und plötzlich, da endlich die deutsche Regierung dem alideutschen Spieß ein Ende bereiten will, wird ihr von einem französischen Spießblatt mit alideutschen Argumenten entgegengetreten. Und weshalb? Europäische Probleme drängen zur Entschiedenheit, die das Geschick der Nationen für Jahrzehnte bestimmen. Der Rat des Völkerverbandes tagt in Genf und prüft die oberflächliche Frage: England drängt für Aufhebung der Sanktionen im Rheinlande. Handelsverträge mit den Vereinigten Staaten und anderen Ländern bereiten sich vor, die entscheidend für die künftige deutsche Wirtschaft werden. Die Volksernährungsfrage für die Republik haben in der ganzen Welt den besten und nachhaltigsten Grundzug zugunsten Deutschlands hervorgerufen. Wenn Ribendorff schweigen muß und die Berliner Kasernenorgane nicht mehr Uniformen an Sicherheitsorganisationen und keine Eisenkreuze für deutsch-nationale Feldherren verliehen können, woher sollte Briand und Hoch und der „Temps“ ihre Expolpolitik vor dem Obersten Rat verteidigen?

Das (inzwischen schon wieder aufgehobene) Verbot allerdeutscher Blätter vom Schlege der „Deutschen Zeitung“, hat den Amnestionisten in Paris das beste Agitationsmaterial genommen. Wenn es in Deutschland unbezahlte Agenten der französischen Militaristen gibt, so sind es die Alideutschen, die nicht leben können ohne ihre Gefinnungsagenten in Frankreich. „Deutsche Tageszeitung“ und „Temps“, Arm in Arm gegen die Regierung Frankreich und gegen die Parteien, die ehelich den Friedensvertrag erfüllen wollen, wenn sie nicht immer wieder von den Anhängern jener Spießblätter geliebt werden, die sich heute wie zu allen Zeiten gegenseitig in die Hände arbeiten.

Es gibt in Frankreich ein Gegenstück zu Erzberger: Caillaux. Was Erzberger durch die deutschen Kriegsbefehle und Jübelreden erdulden mußte, hat Caillaux jenseits der Dogmen von den französischen erfahren. Hier wie dort ein Bürgerlicher, der mitten im Krieg den Wahnsinn des Völkerverbandes durch gegenseitige Verleumdung beenden wollte, weil er das drohende Unheil für Sieger wie Besiegte vorausah. Hier wie dort ein Bürgerlicher, der den sozialen Sinn der Zeit fühlte, das Bürgertum darauf einstellte und den Bestehenden größere Steuerlasten aufzuladen wollte als den Armen, um den drohenden gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit vorzubeugen. Caillaux und Erzberger, einer so verhaftet bei seiner bürgerlichen Widersachern, wie der andere. Auch einem Caillaux sind gebundene Mörder jahrelang nachgeschliffen, und wenn er bis heute mit dem Leben davon gekommen ist, so deshalb, weil in Frankreich der Einfluß der Arbeiterschaft so gering ist, daß sie einen Caillaux nicht zur Macht bringen kann. Könnte nicht Erzberger gefast haben, was Caillaux in seinem kürzlich erschienenen Buch „Meine Gefinnungsschaft“ schrieb:

„Weshalb befiel sie bei dem Gedanken, daß sie eine erhebliche Abgabe von ihren ungeheuren Einkünften ertragen sollten. Surcht kannte sie vor allem, angesichts der ärgerlichen Inflationen über die Bedeutung und die Herkunft ihrer mit rasender Schnelligkeit aufgeschwollenen Vermögen, und die Kapitalisten, welche die großen Informationsorgane in Händen hielten, mit-

land der Rundschaft, die sie umgab, verbanden sich unter der Oberfläche langsam mit den Konzentrationen... Um der Umgestaltung vorzuzugreifen, ist der Vermegene niedergeschlagen, der einen Neubau des alten, staltischen Hauses im Schilde führt, das so bequem für die Mühe der Großbourgeoisie eingerichtet war... Kanakker und Macher werden sich verständigen, um den Ausbruch der rekrutierten Massen die Männer zu opfern, die etwa hartnäckig bleiben sollten, daß die wahre Formel des Patriotismus diese ist: alle Nationen in Freiheit und Gerechtigkeit auszuatmen...

Der „Tempel“, der mit schiefen Dach, Kalkung niedergeschlagen, saß an einem Ort, der seinen Namen, so wenig wie die deutschen Männer der „Deutschen Tageszeitung“, die deutsche und allseitigen Namen in Rom! Sie sind einander würdig!

Der deutsch-französische Wiederaufbau.

Von Kurt Geinig, Berlin.

Der acht Tagen schreiben wir an dieser Stelle über den Entwurf zum Abkommen für den Wiederaufbau in den zerstörten französischen Gebieten, wie er zwischen den zwei großen Geschäftleuten Lippmann und Mathieu in Dieppe vereinbart, aber offiziell noch nicht bekanntgegeben worden ist. Wohl auf Grund französischer Rücksichten ist bisher nur im Pariser „Tempel“ und danach in einigen anderen französischen Zeitungen über die Verhandlungsmomente einigermaßen berichtet worden. Die ursprüngliche Absicht, in der Vorseher auch über die Einzelheiten und im Besonderen über die verschiedenen Fortschritte (Verabschiedungen) zu unterrichten, ist damit für heute wohl unmöglich gemacht. Dafür ist ein ganz anderes Problem, in den Vordergrund gerückt und zwingt zu eingehenderer Betrachtung.

Über die Wichtigkeit einer Feststellung gemacht werden. Der Entwurf des Wiederaufbau-Programms steht keine Mitarbeit deutscher Arbeitskräfte an Ort und Stelle vor. Das Bemühen der Arbeiterführer aller beteiligten Länder ist erfolglos geblieben; ist durch die Interessenten des Großhandels und der Großproduktion in Deutschland und jenseits des Rheines befehle gelassen worden. An Stelle der direkten Mitarbeit der deutschen Arbeiter ist die deutsche Warenlieferung getreten.

Deutschland soll in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926 für sieben Goldmilliarden Waren liefern. Das könnte bei einem vollen Gewinn bedeuten, denn mit den sieben Goldmilliarden würden wir so ungefähr den gesamten Anteil Frankreich an der laufenden deutschen Wiedergutmachungsschulden abgezahlt haben. Wir brauchen also zum mindesten nicht mehr zur Erfüllung unserer Verpflichtungen Frankreich gegenüber für viel Papiergeld und unter großen Mühen Goldwerte zu kaufen. Dabei dürfte allerdings nicht übersehen werden, daß die sieben Milliarden Wiedergutmachungsbeträge aus dem Reichschatz an die ausführenden Industrien und Handelsorganisationen zu zahlen wären. Das bliebe aber eine innerdeutsche Angelegenheit.

Man will aber Frankreich die sieben Goldmilliarden Wiedergutmachungswaren gar nicht voll auf das Wiedergutmachungskonto schreiben! Frankreich braucht auch bares Geld, es hat jetzt rund 264 Milliarden Schulden! Es bedarf nach seiner Auffassung auch der Wiedergutmachung durch Deutschland in Goldwerten. Deswegen will es von den deutschen Wiedergutmachungswaren jährlich höchstens eine Goldmilliarde auf Wiedergutmachung ab schreiben, die darüber hinausgehenden Lieferungen, und das sind jährlich etwa eine halbe Goldmilliarde Wert, will es selbst bezahlen! Frankreich will seine Schuld bei uns ohne Anleihenberechnung mit 5 Prozent bezahlen.

Um den eben geschilderten Kernpunkt des Abkommensvertrages schnell richtiges Tunfel. Wir können nicht verhindern, daß es uns, der geschädigte zu sein scheint. Unsere Bedenken werden noch dadurch verstärkt, daß man hört, daß auch die eigentlichen Sachwertlieferungen, wie sie schon lange laufen, in Zukunft nur zu 35 Prozent auf Konto Wiedergutmachung angerechnet werden sollen. Dann wären auch hierbei 65 Prozent der Lieferungen den Gläubigern (1) zu fließen. Mit anderen Worten: der Vertrag von Versailles zeigt täglich neue Zeichen, die von den Alliierten nicht ohne weiteres überwinden werden können, und deswegen wird Deutschland für erste Fortschritt immer mehr belastet.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die deutsche Industrie wohl kaum insofern sein wird, Frankreich bis 1926 alljährlich Waren im Werte von einer halben Milliarde Goldmark zu liefern. Sie würde nur dann dazu in der Lage sein, wenn sie von der deutschen Regierung die nötigen Kredite erhält. Und scheint die Frage mehr als oben zu stehen, ob die deutsche Regierung dazu in der Lage sein wird. Das soll das Abkommen zwischen der deutschen und der französischen Geschäftswelt zustande kommen! Dann würde das wohl das grandioseste Staatslieferungsgeheimnis sein, das jemals abgeschlossen worden ist. Die Kosten hätte die Allgemeinheit zu tragen, den 2. offi stecken die Interessenten ein.

Auch die Verhandlungen zwischen Lippmann und Mathieu zeigen, welche Gefahren in den immer wieder erneuten Versuchen liegen, den Vertrag von Versailles restlos durchzuführen. Sie zeigen aber weiter, daß der Erfolg der dritten Klasse des deutschen Volkes auf die Gestaltung der Wiedergutmachung außerordentlich gering ist. Damit ist auch die Bedeutung der Wiedergutmachungen sehr stark bestimmt. Gemeinwirtschaftliche Bedenken sind in ihnen bisher kaum sichtbar geworden.

Man hat uns hier darüber, und auch in Frankreich dominiert davon ist schon einige Erkenntnis, daß die Welt nicht durch die verschiedenen Wiedergutmachungen wirtschaftlich in Ordnung kommt. Nach ihnen auch Frankreich die ganze Welt in seinen billigen Waren erdulden, um die Gold-Wiedergutmachungen erfüllen zu können, oder es muß zum mindesten ganz Europa in deutschen Waren erdulden, um seine Wiedergutmachungen leisten zu können. Ein kleiner Preis für die Wichtigkeit dieser Anschauung ist, daß die französische Regierung von den 50.000 Tausend Liter, die ihr auf Grund des Friedensvertrages zusteht, bisher noch keine einzige Tonne abgeben hat. Die französischen Werte und im Besonderen die Unternehmern des zerstörten Gebietes produzieren selbst in Höhe und Mäße. Zudem liegt die französische Industrie sehr darnieder, was nicht zuletzt als eine Folge der ständig steigenden deutschen Devisen und der für den Weltmarkt bedeutenden amerikanischen Dollar-Preise anzusehen ist.

Wenn wir schon annehmen wollen, daß der Diebstahler Entwurf des Wiederaufbau-Programms ein Ende erreicht ist, weil er die Wege zu einem Tisch gebracht hat, darüber hinaus müssen unsere Bedenken gegen ihn doch zunehmen, je näher wir ihn kennen lernen. Seine wirtschaftlichen Ergebnisse wird er nur dann verlieren, wenn er ununterbrochen gesehen, den beliebigen hohen Preis zu zahlen der Allgemeinheit ausschließt.

Kleine Nachrichten.

Ein deutsches Konsulatsbüro für Russland. Das Deutsche „Kontor Ares“ hat den 1900-Tonnen-Dampfer „Triton“ gemietet, um ihn zur Hilfe für Russland zu benutzen. Der Dampfer fährt zunächst von Bremerhaven nach Stettin. Dort wird eine deutsche Expedition mit allerlei Hilfsmitteln an Bord gehen. Automobile und andere Transportmittel sind der Expedition beigegeben. Damit ist die benötigten Gegenstände in Russland an Ort und Stelle liefern kann. Durch Vereinbarung mit der russischen Regierung sind die Mitglieder der deutsche Expedition vor Strafen und Verhaftungen in Russland unbedingt geschützt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Lyon. Der Schnellzug Streckburg - Lyon ist einige Kilometer vor Lyon entgleist, während er mit einer Stundenleistung von 80 Kilometern fuhr. Der Wagen 2. Klasse und ein Waggon wurden umgeworfen. Die Zahl der Toten beträgt 23, die der Verletzten 60. Das Unglück ist durch falsche Weichenstellung hervorgerufen worden.

Die Verpflegungskosten im städt. Krankenhause abermals erhöht

Erhöhung der Hundesteuer auf 200 Mark. — Neuregelung der Hotelwohnsteuer. — 1/4 Million für Lebensmittel für Minderbemittelte. — Brückierung der Angestellten durch den Senat.

Stadtoberordnetenversammlung

am 13. September 1921.

Die Sitzung tagte unter Vorsitz des stellvertretenden Stadtoberordnetenvorsiehers Castel. Frau Käthe Leu erbat und erhielt Urlaub bis auf weiteres. Von der Witwe Emma Wintemann sind der Stadt 10 000 Mark zu möblierten Zwecken normiert worden. Die Stadtoberordnetenversammlung beschloß, das Vermächtnis anzunehmen. Die Beratung über die

Erhöhung der Kur- und Verpflegungskosten im städtischen Krankenhaus

wurde mit der 1. Lesung des Haushaltsplanes für das städt. Krankenhaus verbunden.

Stadtv. Kunze (USP.) wies darauf hin, daß in kurzer Zeit schon die dritte Erhöhung der Sätze eintreten soll. Der Etat des Krankenhauses erfordert einen Zuschuß von 6 400 000 Mark. Um das Defizit zu mindern, sollen die Tagesgebühren erhöht werden. Die Stadt werde dadurch selbst eine erhöhte Ausgabe von 2 114 000 Mark haben; die Mehrbelastung der Ortskrankenkasse beträgt 850 000 Mark. Diese werde dadurch vielleicht veranlaßt, die endlich wieder teilweise eingeführte Familienhilfe aufzugeben. Redner wandte sich dann gegen die Ausnahmestellung der Krankenkasse der Studenten, die für Pflegerlinge der 2. Klasse nur den Satz der 3. Klasse zahlt.

Stadtv. Brunzen befürwortete die Senatsvorlage. Die Kosten für die 1. und 2. Klasse könnten unbedenklich erhöht werden. Er beantragte, die Kosten für Auswärtige in der 1. Klasse von 121,50 Mark auf 125 Mark zu erhöhen; ferner die Sätze in der 3. Klasse für einheimische Erwachsene (22,50 Mk.) und Kinder (13,50 Mk.) auf 20 und 10 Mark festzusetzen. Unter gewissen Voraussetzungen kann eine Ermäßigung des Pflegegebühres um 25 Prozent eintreten, wenn der Kranke 5 Kinder zu versorgen hat. Brunzen beantragte, daß dieses schon bei 4 Kindern geschieht.

Stadtv. Dr. Stabe erklärte das hohe Defizit durch die zunehmende Teuerung und die Vermehrung des Personals. Seit 1914 sind die Einnahmen des Krankenhauses um das Vierfache die Ausgaben um das Neunfache gestiegen; der Zuschuß hat sich um das Zwanzigfache erhöht. Die Krankenkasse sei wohl in der Lage, die Mehrbelastung zu tragen. Die Selbstkosten für den einzelnen Kranken betragen 43 Mark pro Tag.

Die Stadtv. Rohde (Dt. P.) und Dr. Thun (Z.) unterstützten die Abänderungsanträge des Stadtv. Brunzen, die dann auch mit großer Mehrheit angenommen wurden. Die so abgeänderte Senatsvorlage wurde alsdann genehmigt.

Die Kosten betragen demnach: in der 1. Klasse für Einheimische täglich 90 Mark, für Auswärtige 125 Mark; in der 2. Klasse für Einheimische 54 Mk., Auswärtige 81 Mk.; in der 3. Klasse für einheim. Selbstzahler, Erwachsene täglich 20 Mk., auswärtige Selbstzahler, Erwachsene 36 Mk., einheimische Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 10 Mk., auswärtige Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre 22,50 Mk., hiesige Krankenkasse, Erwachsene 20 Mk., Kinder 10 Mk., für staatliche Kasernen, Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalt usw., Erwachsene 36 Mk., Kinder 22,50 Mark, alle übrigen Fälle, einheim. Erwachsene 36 Mk., Kinder 22,50 Mk., alle übrigen Fälle, auswärtige Erwachsene 36 Mk., Kinder 22,50 Mark.

Einheimischen selbstzahlenden Kranken in der 2. Klasse kann bei einem Einkommen unter 20 000 Mark oder beim Vorhandensein von 4 oder mehr unterhaltspflichtigen Kindern sowie entsprechende Kranke in der 3. Klasse bei einem Einkommen von 10 000 Mark auf Antrag eine Ermäßigung von 25 vom Hundert der tarifmäßigen Kurkostenlage gewährt werden. Das Einkommen ist durch Vorlage des Steuerveranlagungsscheins für das laufende Jahr nachzuweisen.

Die Aufhebung des Privilegs der Studentenkasse wurde mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Eine Resolution des Stadtv. Kunze (USP.), die den Senat als Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkasse ersucht, auf diese dahin einzuwirken, daß sie die Familienfürsorge in dem früheren Umfang gewährt wurde einstimmig angenommen.

Erhöhung der Hundesteuer.

Stadtv. Habel (Dnall.) fand die Steigerung der Hundesteuer von 36 bzw. 54 Mark auf 200 Mark zu hoch. Die Vermehrung der Hunde von 2790 auf 5000 erkläre sich dadurch, daß viele Hunde als Wachhunde gebraucht werden. Redner stellte den Antrag, bei Wohnungen mit offenen Höfen oder Gärten die Steuer zu ermäßigen.

Stadtv. Herrmann (Dt. P.) legt für die Erhöhung der Steuer ein, da sie durch die Geldentwertung gerechtfertigt sei, und hielt eine noch höhere Besteuerung der großen Hunde für angebracht.

Stadtv. Scheller (Dnall.) erhoffte von der Steigerung der Steuer eine Verminderung der Hundepopulation und beantragte, bei „Minderbemittelten“ den Hofhund in der Steuer zu ermäßigen.

Stadtv. Habel (Dnall.) wandte sich gegen die Ausführungen des Stadtv. Herrmann. Gerade die kleinen Hunde seien Lugshunde, während die größeren als Wachhunde gebraucht würden.

Stadtv. Brunzen (Dnall.) fragte an, warum man das Spitzent, die Hunde durch den Hausbesitzer anmelden zu lassen, aufgehoben habe. Wenn jeder seinen Hund selbst anmelden müsse, würden viele das sicherlich „vergessen“. 30 Mark Strafe bei Übertretung der Steuerordnung sei zu gering. Redner beantragte, die Steuerherabsetzung für Hundehändler aufzuheben.

Stadtv. Gen. Karschke betonte, daß die Erhöhung der Steuer keine Verminderung der Hunde zur Folge haben

werde. Die Anträge der Stadtv. Habel und Scheller bezwecken nur, die Steuer zu hinterziehen, denn dann ist eben jeder Hund ein Hofhund. Die Steuer sei noch zu gering. Auf Schuhhunde müßte natürlich Rücksicht genommen werden. Redner erklärte, für die Vorlage des Senats zustimmen. Die Abänderungsanträge würden den Schiebungen Tür und Tor öffnen.

Stadtv. Fr. Juhmann (Dnall.) war ganz erschrocken über die unerhörliche Höhe der Steuer. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärte sie, daß nun so manche alte Dame sich von ihrem Viehling trennen müsse.

Stadtv. Kunze (USP.) trat für die Vorlage des Senats ein und lehnte die deutschnationalen Abänderungsanträge ab. Senatsvertreter Dr. Gallaßch erklärte, daß sich das Schicksal der Anmesepflicht bewährt habe. Durch Gesetz im Volkstag soll die Strafe für Übertretungen auf das 10fache erhöht werden.

Die deutschnationalen Verschlechterungsanträge wurden mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen, die Steuerherabsetzung der Hundehändler beseitigt und die Vorlage sodann angenommen.

Die Steuerordnung über die Erhebung von Abgaben zum Wohnungsbau wurde ohne Aussprache genehmigt. Mehreren höheren Beamten wurden die Ruhegehälter bewilligt. Gegen den Ankauf von 422 Quadratmeter Gelände à 2,50 Mark, neben dem Heinrich-Ehlersplatz wurden Einwendungen nicht erhoben.

Stadtoberordnetenversammlung und Volkstag.

Die Stadtoberordneten sollten über eine Herabsetzung der Hotelwohnsteuer beschließen. Zur Begründung der Vorlage führte der Senat nur an, daß der Volkstag diese Herabsetzung wünsche.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. P.) brühte über diese Begründung sein Erstaunen und Befremden aus. Sie sei unzulänglich und ungehörig. Er vermittle eine sachliche Begründung der Vorlage durch den Senat. Der Volkstag habe der Stadtoberordnetenversammlung nichts zu sagen. Die Willensäußerung des Volkstages sei für die Stadtoberordneten nicht bestimmend. Bei Übernahme der Geschäfte der Stadt habe der Senat erklärt, die Rechte der Stadtoberordnetenversammlung zu achten. Jetzt solle die Versammlung nach dem Wunsch des Volkstages eine Entscheidung treffen. Aus diesem Grunde falle es ihm schwer, der Vorlage zuzustimmen. Der Erlaß der Hotelwohnsteuerordnung und deren progressive Steigerung war berechtigt. Die Schädigung des Hotelgewerbes dadurch sei noch nicht erwiesen.

Stadtv. Senatspräsident Jehm fand es erklärlich, daß die Stadtoberordnetenversammlung sich in ihren Entscheidungen nicht vom Volkstag beeinflussen lassen will. Um das Wohnungsabgabengesetz im Volkstage zustande zu bringen, habe der Senat versprochen, der Stadtoberordnetenversammlung diese Vorlage zu unterbreiten. Auch der Senat halte die jetzige Hotelwohnsteuer für zu hoch.

Stadtv. Brunzen (Dnall.) war der Meinung, daß man die Kreise, die man durch das Hotelwohnsteuergesetz habe treffen wollen, doch nicht erfaßt habe. Die früher in den Hotels wohnenden und riesige Geschäfte machten, sind in Privatwohnungen abgewandert. Redner empfahl einen einheitlichen Satz von 20 Proz. Die Senatsvorlage sah eine Staffelung in 10 und 20 Proz. vor.

Senatsvertreter Dr. Gallaßch erklärte sich mit der Vereinheitlichung einverstanden. Zoppot und Ostwa seien ebenfalls bereit, die Hotelwohnsteuer einzuführen; auch Liegenhof und Reuteich verhielten sich nicht ablehnend.

Stadtv. Dr. Herrmann (Dt. P.) war verwundert darüber, daß der Senatsvertreter sich so schnell dem Antrage auf Vereinheitlichung angeschlossen.

Es wurde beschlossen, eine einheitliche Hotelwohnsteuer von 20 Prozent zu erheben.

Zur Beschaffung von Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung

bewilligte die Versammlung ohne Debatte 845 000 Mark.

Keinen bilanzsicheren Buchhalter in Danzig gefunden!!!

Eine dringliche Anfrage des Stadtv. Cuert (Z.) beschäftigte sich mit der Einstellung von 2 Berliner Kaufleuten bei der Getreidestelle des Wirtschaftsamtes in Danzig. Redner wünschte Aufklärung, warum man diese Personen aus Berlin hierher geholt habe.

Stadtsyndikus Briesewitz antwortete, daß man zwei bilanzsichere Kaufleute aus Berlin geholt habe, weil in Danzig keine geeignete Kraft zu haben war! Er habe sich dieserhalb vergeblich an das Arbeitsamt und an die Gewerkschaften gewandt.

Stadtv. Cuert (Z.) betonte mit Recht, daß der Senat sich nach den bestehenden Verordnungen zu richten habe. Die beiden Angestellten erhalten den untariflichen Lohn von 2000 Mark monatlich. An Reisekosten haben die beiden Herren 500 bzw. 410 Mk. liquidiert. Außerdem verlangt der Leiter der Getreidestelle, Treischke, für eine Reise um Anwerbung der 2 Angestellten 900 Mark. Herr Treischke bezieht ein Monatsgehalt von 7000 Mark.

Stadtsyndikus Briesewitz erwiderte, daß man zu dem tariflichen Gehalt keine erstklassige kaufmännische Kraft bekam.

Stadtv. Alth (Dem.) teilte mit, daß die kaufmännische Organisation gegen die Anstellung der Berliner Herren Beschwerde bei dem Demobilisationsausschuß erhoben habe. Der Vorsitzende des Ausschusses habe schriftlich geantwortet, daß die beiden Angestellten wieder entlassen werden müßten. Der Vorsitzende des Demobilisationsausschuß und der Arbeitsamtes sind jedoch dieselbe Person!

Beschlußfassung über die Getreidebewirtschaftung.

Beringfügige Erhöhung des Umlagebolls. — Erfassung von nur ein Drittel der Ernte. — Beibehaltung der Wucherpreise.

73. Vollziehung des Volkstages

Dienstag, den 13. September 1921.

Präsident Dr. Boening eröffnet um 8 Uhr nachmittags die Sitzung mit der Bitte an das Haus, Ruhe im Vorraum während der Sitzung zu bewahren. Da das Geschäft des Volkstages einem unterzogen wird, mußte die Sitzung in der Glasveranda gehalten werden. Die Plätze der Pressevertreter waren in den Sitzungsraum verlegt worden. Dieser Umstand trug dazu bei, daß die schlechte Musik einerseits und durch die Zwiesgespräche andererseits die einzelnen Redner nicht verstanden werden konnten. Auf das Ersuchen des Präsidenten hin, werden die Abgeordneten vor ihren Plätzen aus sprechen. Als erster Punkt wurde die zweite und dritte Beratung eines Beschlusses über die

Getreidebewirtschaftung für das Wirtschaftsjahr 1921/22

die Tagesordnung gestellt. Abg. Kuntze (Dt. P.) begründet den Antrag des Wirtschaftsausschusses, der zwei Abweichungen gegenüber dem Senatsbeschlusse enthält. Derselbe kennzeichnet sich einmal in der Höhe des Umlagebolls und weiter in der Höhe des zur Ablieferung gelangenden Getreides. Nach schwierigen Beratungen im Wirtschaftsausschusse wurde der polnische Entwurf als der geeignetste angesehen. Dieser bittet um Annahme des abgedruckten Antrages.

Abg. Dyl II (Dnall.) erklärt, daß seine Fraktion auf dem Standpunkt steht, der Senat hätte die Getreideverordnung zu Recht erlassen. Da im vorigen Jahre im Wege des Zwangsverfahrens 50000 Tonnen Brotgetreide erfasst wurden, habe man das gleiche Quantum für das Umlageverfahren für dieses Jahr festgelegt. Von den Parteien seien verschiedene Mengen für das Ablieferungsquantum beantragt worden. Redner behauptet, die Löhne für Landarbeiter seien die gleichen wie in Deutschland, dagegen wären die Preise für Getreide und Fleisch in Danzig erheblich niedriger als dort. (Widerstand der Linken.) Dem Senat würde der Vorwurf gemacht, die Interessen der Agrarier vertreten zu haben. Bemerkenswert ist, daß ein Gutsherr des Kreises Danziger Höhe, der Herr v. Ziegler, den Anspruch getan hatte, daß ein Landwirt imstande sei, ohne Schädigung das zwei- bis dreifache Quantum abzuliefern zu können. Vor zwei Monaten sei das Umlageverfahren noch möglich gewesen, jetzt wäre es reichlich spät dazu. Der Senat müßte die Ernterhöhung durch einen Ausgleich der Gehälter und Löhne von Seiten der Arbeitgeber herbeiführen suchen. Mit der Behauptung, daß auf dem Lande kein einziger sich den Luxus, den ein Privatierfahrer treibe, leisten könne, schloß Abg. Dyl II seine Rede ab.

Abg. Gullmann (Dt. P.) teilt mit, daß in Sobibow ein Landwirt, der zuerst keine Kenntnis über das Ablieferungsquantum hatte, am 4. September — deren 800 Zentner abgeliefert hätte. Nach einem Entschluß des Landbundes stellt Redner fest, daß im Freistaat keinerlei Boden in Betracht kommen. Die Ernteflächen könnten ebenfalls in vier Klassen geteilt werden.

Genosse Rehberg will keine Untersuchung anstellen, warum das Gesetz über die Getreidebewirtschaftung nicht früher erlassen wurde. Redner ist jedoch der Meinung, daß der Freistaat sowohl, als auch der Senat

nach der deutschnationalen Pfeife regiert

wird. Dem Genossen Rehberg kommt es in erster Linie darauf an, daß die Menge Getreide, die benötigt wird da ist, und ob der Preis hierfür genügt, um die Landwirtschaft lebensfähig zu halten. Auf Grund seiner von ihm aufgestellten Statistiken weist Redner nach, daß er in jedem Kreise über 15 Proben gemacht hat. Es gibt dort gute, mittlere und schlechte Ländchen. An der Hand des Flächeninhalts in Verbindung mit der Qualität des Bodens läßt sich der Erntertrag genau berechnen. Die Höhe hat ein Viertel und die Erntertrag mit dem Werdor zusammen drei Viertel der gesamten Erntefläche des Freistaats. Weder die Vorkriegszeit haben mit seinen Ausnahmen sehr guten Getreideboden. Roggen und Weizen geben auf gutem Boden auf ein Hektar eine Menge von drei bis vier Tonnen. Zur Hälfte gibt der Boden drei Tonnen pro Hektar, dagegen ein Teil nur zwei Tonnen und der andere Teil mit schlechtem Boden nur 1 Tonne pro Hektar. Auf Grund dieser Tatsachen kann man im Mittel zwei Tonnen pro Hektar annehmen. Nimmt man 15000 Hektar Roggen, 6000 Hektar Weizen (gleich 42000 Tonnen), so kann man

im Freistaat 50 000 Tonnen Getreide

ernten. (Zuruf Dyl. Wir wünschen es!) Genosse Rehberg weist an der Hand von Beispielen nach, daß die Rechnung stimmt. Im vorigen Jahre hatte Herr Ziehm im Wirtschaftsausschusse berechnet, daß 15000 Tonnen abgeliefert und 15000 Tonnen für Saatgetreide übrig waren. Ein Herr v. Ziegler hatte damals zugegeben:

„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

(Fortsetzung.)

Hal ließ das in der Nacht verfaßte Dokument vor. Es forderte das Recht einer Gewerkschaft, ohne daß man für die Zugehörigkeit derselben entlassen werden konnte; ferner einen von den Arbeitern gewählten Wageskontrollleur, das Streuen der Erbsen zur Verhinderung von Explosionen und das ordentliche Bergmännern, um die Erbsen zu verpacken; weiterhin das Recht, in beliebigen Warenhäusern zu kaufen. Hal machte die Leute darauf aufmerksam, daß ihre Forderungen vom Gesetz des Staates garantiert sei, und daß keine weitere Forderungen aufzunehmen. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Vorschlag der Rabitalen: zehn Prozent Lohn-erhöhung, niedergestimmt; desgleichen auch der Vorschlag, eines demokratischen Anarchisten, der in seinem Gemüsch von Englisch und Spanisch erklärte, daß die Erbsen ihnen gehörten, sie jeden Kommissar verweigern und sofort die Ausschere aus dem Revier hinauszubringen sollten.

Während dieser Rede drängte sich Robetta, der junge Italiener, durch die Menge und zog Hal beiseite. Er war auf der Station gewesen, als der Frühzug einfuhr; etwa vierzig Mann von einem gewissen kriegerischen, den Bergleuten wohlbekannten Typus, waren den Waggons entstieg. Augenblicklich hatten die Ausschere die ganze Nacht hindurch eifrig telefoniert; doch blieb es nicht bei einer Fracht, sondern es kamen auch in Automobilen Ladungen aus anderen Erbsen — von der „North-Castern“, unten im Canyon, und von Barrella, aus einem Seitencanyon auf der anderen Seite des Berges.

Hal verstand diese Nachricht der Versammlung, die sie mit einem Wutgeschrei aufnahm. Dies also war der Herr von Barrella! Die Führer mußten die Aufruhrer mit Gewalt zurückhalten, und Hal gab nochmals die Lösung aus: keine Gewalt anwenden! Sie werden auf ihre Gewerkschaft vertrauen, der Gesellschaft als einzige, die die Kohle entgegennehmen, und die Gesellschaft wird erfahren,

5000 Tonnen Getreide sind beschlagnahmt worden.

Man kann bestimmt das Doppelte in Rechnung stellen. Im vorigen Jahre waren es 800000 Zentner und in diesem Jahre hätte man wenigstens 50 Prozent Mehrertrag erwarten dürfen, wenn die 50000 Tonnen Getreide als Gesamtertrag fehlten. Die Festhaltung des Abg. Ziehm, daß die Löhne der Landarbeiter im Freistaat höher als in Deutschland wären, wurden durch die Beweise des Genossen Rehberg glatt widerlegt. Nach Abschluß der seit 1. Juli dieses Jahres gültigen Tarife bekommen die Landarbeiter im Freistaat (mit Teuerungszulagen) einen Stundenlohn von 3,60 bis 4,20 Mark. Der Gegenbeweis, daß der Freistaat in Bezug auf Getreidebewirtschaftung mit Deutschland zu vergleichen sei, wird vom Redner dahin beantwortet, daß dies keineswegs zuträfe, weil es so allgemein sei, daß das kleine Freistaatsgebiet das beste Getreidegebiet

sei. Das Deutschland früher aufweisen konnte. Genosse Rehberg hatte die Verhältnisse auf dem Lande, nach den letzten Verhandlungen im Wirtschaftsausschusse nachgeprüft und festgestellt, daß es Landwirte gibt, die soviel Getreide haben, daß sie es nicht in dem Speichern unterbringen können. Zum Schluß bittet Genosse Rehberg das Haus im Interesse der Protokollkommission seinen Vorschlägen zuzustimmen.

Abg. Leschowski (U.S.P.) wiederholt etliche Ausführungen des Vorredners und sagt hinzu, daß der Senat gegenüber den deutschnationalen sich so gefällig zeige und er letzteren erduldliche 10000 Tonnen Brotgetreide zum Weltmarktpreise zu verschleiden. Es hätten im Freistaat mindestens 25000 Tonnen erfasst werden können, dies wurde aber mit aller Energie verhindert. Redner beweist, daß die Löhne der Metallarbeiter um 25 Prozent und die der Bauarbeiter um 40 Prozent im Freistaat niedriger als wie in Deutschland sind. Zum Schluß bittet Abg. Leschowski das Referat auf 25000 Tonnen zu erhöhen.

Abg. Gallowski stellt die Behauptung auf, daß in Berlin die Sozialdemokraten im Reichstag mitgeholfen hätten, daß die Getreidepreise hochgesetzt worden seien. Nach Meinung des Redners ist der Antrag der Arbeiterfraktion im Freistaat ein guter gewesen. Der nach der Ernte einsetzende Regen habe ferner dazu beigetragen, die Kartoffeln sehr gut zu entwickeln. Der Egoismus müsse dem Gemeinwohlgedanken Platz machen und vor die Tat des Volkes kenne nicht auch, daß eine Verteuerung der Lebensmittel nicht mehr möglich sei.

Abg. Kaskowski (A.) beschäftigt sich mit der Bundesratsverordnung vom August 1914 die nur als Kriegsverordnung anzusehen sei. Nachdem sich Redner noch mit den Vorkrägen vom 4. August dieses Jahres beschäftigt hatte, sieht er zum Schluß auf dem Standpunkt, daß der Freistaat in Bezug auf Brotgetreide seine Bevölkerung ernähren könne. Auf einen früher gemachten Jurist entgegnet Abg. Ziehm, daß er in den letzten 14 Tagen keine Autoschritte außerhalb der Stadt gemacht habe.

Abg. Kuntze (Dt. P.) ist der Ansicht, daß die Umlage in diesem Jahre mehr als die Vorlage vom 15. August aufzubringen im Stande sei. Redner stimmt dem Antrag der polnischen Fraktion zu.

Genosse Krezynski richtet sich vorwiegend unsere Genossen im deutschen Reichstage energisch gegen die vom Abg. Gallowski gemachten Äußerungen zu verteidigen. Redner liest von der diesbezüglichen Reichstagsdebatte folgendes als Gegenbeweis vor:

„Die gesamten bürgerlichen Parteien sprechen sich durch Annahme des folgenden deutschnationalen Antrages für die völlige freie Wirtschaft aus: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, geordnete Maßnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Getreide und Hafer inländischer Ernte eingeführt wird.“

Der nachstehende Antrag der Linksparteien, der die Lohn- und Rentenempfänger vor einer weiteren Verelendung schützen sollte, wurde im Ausschusse angenommen, im Plenum aber von allen bürgerlichen Parteien gegen die Linke abgelehnt.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Lockerung der Zwangswirtschaft mit ihrer Annäherung an die Weltmarktpreise stellt eine außerordentliche Belastung aller ärmeren Schichten dar, deren Einkommen nicht aus Geldwerten herrührt. Der Reichstag fordert deshalb die Regierung auf, gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen. Außerdem ist die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrgewinne für die Allgemeinheit sicher zu stellen.

Die Beschimpfung der Arbeiterfraktion durch den Abg. Dyl weist Genosse Krezynski energisch zurück.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag unserer Fraktion, statt 15000 Tonnen, 20000 Tonnen zu setzen; da die Abstimmung zweifelhaft erscheint, greift man zum Sammelsprung,

daß ein Streit nicht durch Einschüchterung niedergeschlagen werden könne.

Alle stimmten bei, das Komitee machte sich auf den Weg nach dem Gesellschaftsbureau; Wauchope trug die schriftlichen Forderungen in der Hand. Hinter dem Komitee marschierte die Menge einher, füllte die Straße vor dem Gebäude aus. Die heldenhafte Sieben stiegen die Treppe hinauf und betraten das Haus. Wauchope verlangte Herrn Cartwright zu sprechen, und ein Diener begab sich mit der Postkarte ins Bureau.

Während sie wartend verkehrten, kam ein Angestellter die Straße entlang, trat auf Hal zu und überreichte ihm stumm ein Kuvert. Es war ein Joe Smith adressiert. Hal öffnete es, fand darin eine kleine Visitenkarte, die er verblüfft ansah. Auf der Visitenkarte stand: „Edward S. Warner jun.“

Einem Augenblick traute Hal seinen Augen nicht. Edward im Nord-Park! Dann drehte er die Karte um. Was in des Bruders wohlbekannter Handschrift: „Ich bin in Cartwrights Haus. Muß dich sehen. Es handelt sich um Vater, komm sofort!“

Kalte Angst durchschauerte Hal. Was konnte diese Postkarte bedeuten?

Er wandte sich rasch an das Komitee und erklärte ihm der Sachverhalt: „Mein Vater ist ein alter Mann, er hat vor drei Jahren einen Schlaganfall gehabt. Ich habe große Angst, daß er tot oder sehr krank ist. Ich muß zu meinem Bruder gehen.“

„Es ist eine Bill!“ rief aufgeregt Wauchope.

„Unmöglich!“ — erwiderte Hal — „ich kenne doch meines Bruders Handschrift. Ich muß ihn sprechen.“

„Gut!“ — sagte der andere. — „Dann werden wir warten, mit Cartwright erst reden, wenn Sie zurück sind.“

Hal überlegte. „Ich glaube nicht, daß dies klug wäre. Sie können ebenso gut auf mich vorgehen.“

„Ich will doch, daß Sie reden sollen.“

„Nein!“ — entgegnete Hal — „das ist ihre Sache, Wauchope. Sie sind Gewerkschaftspräsident, wissen genau so gut wie ich, was die Leute wollen, worüber die sich beklagen. Außerdem gibt es gar nicht viel mit Cartwright zu reden; entweder geht er auf die Forderungen ein oder nicht.“

Dieser ergibt bei 79 Anwesenden 35 Stimmen für ja und 44 Stimmen für nein. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Die Paragraphen 1 bis 4 werden in der Fassung des Wirtschaftsausschusses, der die Umlagemenge auf 15000 Tonnen festsetzt, ohne weitere Ausdrücke gegen die Stimmen der Linken angenommen. Zu Paragraph 5 liegen 3 Änderungsanträge vor. Der Antrag Raube will die dem Erzeuger zu zahlenden Höchstpreise wie folgt festlegen: für je eine Tonne Roggen, Hafer und Gerste 1200 Mark, für Weizen 1280 Mark. Der zweite Antrag Pudziniski legt die Preise wie folgt fest: Weizen 1600 Mark, Roggen 1500 Mark, Hafer und Gerste 1500 Mark. Der dritte Antrag ist ein Ergänzungsantrag Pudziniski, der die Preise wie vorstehend auf 2000, 1800 und 1500 Mark festsetzt. Genosse Rehberg hatte ursprünglich seinen Antrag, der das gleiche wie der von Pudziniski befaßt, zurückgezogen.

Abg. Krawczynski (A.) erklärt die Annahme des Antrags, die dem Staate eine höhere Summe eingebracht hätte und bittet den Preis für Roggen, Weizen und Gerste auf 1200 Mark festzusetzen.

Abg. v. Pudziniski (Pol.) bemerkt, daß der zweite von ihm eingereichte Antrag neue Preise schlägt.

Senator Gierst bittet alle Änderungsanträge abzulehnen.

Alle 3 Änderungsanträge werden gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt.

Der Paragraph 5 wird in der Fassung des Wirtschaftsausschusses gegen die Stimmen der Linken angenommen. Die Paragraphen 6 bis 10 werden unverändert angenommen. Bei Paragraph 11 beantragt Abg. Pudziniski (Pol.) den Absatz zu streichen, der den Senat ermächtigt, die Gaspreiserhöhung aufzuheben. Senator Gierst ist gegen den Antrag der Linken. Der Antrag wird abgelehnt. Paragraph 11, 12 und 13 werden unverändert angenommen. Zu Paragraph 14 beantragt Abg. Pudziniski dem Senat die Bewilligung von Ausnahmen, die sich nicht auf die Umlagemenge und die Höhe des Preises erstrecken, zu entziehen. Dieser Antrag wird vom Abg. Kuntze unterstützt. Senator Dr. Gierst erklärt seine Zustimmung hierzu. Der Paragraph 14 wird mit dieser Änderung angenommen. Abg. Raube (A.) will bei Paragraph 15 eine Änderung dahingehend, daß gleichzeitig Geld- und Gehaltsstrafen für eine Übertretung angelegt wird. Der Antrag wird abgelehnt. Die Paragraphen 15 und 16 werden unverändert angenommen. Damit ist die 2. Lesung beendet. Zur dritten Beratung wird der Antrag gestellt ein Block abzustimmen.

Genosse Krezynski erklärt namens seiner Fraktion, daß sie gegen das Gesetz ist, weil sie glaubt, daß die bewilligte Umlagemenge viel zu klein und die Höhe der Preise viel zu hoch für die arbeitende Bevölkerung sei. Daraufhin wird die Vorlage gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Neues Fernsprechtarifgesetz

Bei der gestern erfolgten 2. Lesung dieses Gesetzes berichtet

Abg. Philippson (Dnall.), daß der Verkehrsausschuss den Entwurf des Senats, außer dem Paragraphen 9 unverändert angenommen habe. Paragraph 9 wurde abgelehnt. Die zweite Lesung wurde mit Ausnahme des Paragraphen 12, der die Telefonsabdruckfrist auf den 25. September festlegt, ohne Aussprache angenommen. Bei der dritten Lesung wurde das Gesetz ohne Aussprache angenommen. Es folgt sodann die dritte Beratung des Gesetzes zur

Änderung des Gesetzes betr. Fortdiebstahl.

Abg. Kaskowski (U. S. P.) beantragt, daß das Sammeln von Reisig nicht unter das Fortdiebstahlgesez fällt und ohne Erlaubnis sein soll.

Senator Freund ist gegen diesen Antrag. Bisher wurden Erlaubnisse für den Monat zum Preise von 250 Mark ausgestellt. Abg. Dr. Kuntze (Dnall.) will den Preis der Erlaubnisse herabgesetzt wissen. Abg. Dr. Neumann (Dt. P.) will die Erlaubnisse uneigentlich ausgestellt wissen.

Abg. Rau (U. S. P.) findet die Entschickung wertlos, weil der Senat sich doch nicht daran lehrt. Redner kommt auf die Vorgänge des 4. August zu sprechen und schließt sich und seine Partei von jeder Mitarbeit im Volkstage solange aus, bis die Angelegenheit Rahn und Schmidt geregelt sei.

Der Antrag Kaskowski wird abgelehnt. Der Gesetzentwurf wird in dritter Lesung mit dem Antrag Dr. Neumann angenommen. Die Tagesordnung ist somit erledigt. Abg. Schwabmann (Dnall.) stellt den Antrag, daß der Abg. Friedrich (Dt. P.) eingebrachte Vorlage über die Erhöhung der Auslieferungsgelder zu beantragen noch auf die Tagesordnung zu setzen und dem Hauptausschuß zu überweisen. Abg. Rau widerspricht diesem Ansuchen und ist somit Schluß der Sitzung. Die neuen Sitzungen finden erst dann statt, wenn das Gesetz des Volkstages aufgestellt sein wird. Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr abends.

Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hildergasse 5.

Sie sprachen hin und her. Mary Wurd behauptete, man entferne Hal im kritischen Moment. Er lachte; sie wiegte bei einem Argument jeden Mann auf, wenn Rauchsche Zeichen des Schwachwerdens sehen lasse, solle sie vortreten und reden.

Hal eilte von dannen. Hief die Straße entlang hinaus zu des Oberaufsehers Haus, das, auf einer kleinen Anhöhe stehend, das Revier beherrschte. Er klingelte an der Haustür; diese ward geöffnet; in der Halle stand sein Bruder.

Edward Warner zählte acht Jahre mehr als Hal; er war der vollkommene Typus des jungen amerikanischen Geschäftsmannes. Seine Gestalt war gerade, athletisch, die Haare regelmäßig und flach, seine Stimme, seine Art, sein ganzes Wesen verriet ruhige Entschlossenheit, sichere, zielbewusste Energie. Nicht trag er Kleider, die als Mutter der Schneiderei galten; jetzt aber war sowohl in seinem Anzug als auch in seiner Art etwas Ungerwöhnliches zu erkennen.

Hal's Sorge hatte sich während des Besuchs immer mehr gesteigert. „Was fehlt Vater?“ — rief er.

„Vater geht gut!“ — lautete die Antwort. — „Was jetzt wenigstens.“

„Ja, aber was . . .“

Peter Harrison kehrte aus Newport zurück, soll morgen in Western City eintreffen. Du wirst begreifen, daß Vater höchst wahrscheinlich etwas fehlen wird, wenn du diese Sache nicht sofort aufgibst.“

Hal's Sorge ersah sich ähnlings. „Das ist alles!“ — rief er aus.

Der Bruder betrachtete den jungen Bergmann, sein schmissiges Arbeitswams, sein verknalltes Gesicht, die verstaubten, welligen Haare. „Du hast mir telegraphiert, daß du das Nordtal verläßt, Hal.“

„Ich wollte es tun, doch traten unvorhergesehene Dinge ein; es gibt Streit.“

„Ja, aber was hat das damit zu tun?“ Dann mit wilder Ungeduld in der Stimme: „Um Gotteswillen, Hal, wie weit willst du denn noch gehen?“

(Fortsetzung folgt.)

Ämliche Bekanntmachungen.

Ausführungsbestimmungen zum Beschl. betr. die Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1921/22.

- Nachdem durch das Beschl. vom 14. September, betr. die Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1921/22, die Freigabeheine, welche auf Grund des § 11 der Verordnung des Senats vom 16. Juli 1921 ausgestellt worden sind, ihre Richtigkeit verlieren, wird hiermit bestimmt: Freigabeheine, welche auf Grund des Beschl. über die Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1921/22 vom 14. September ausgestellt sind, haben nur Billigkeit, wenn sie nach dem 20. September ausgestellt sind und ein entsprechendes Ausstellungsdatum tragen.
- Die Kommunalverträge dürfen Freigabeheine gemäß § 11 des oben angeführten Beschl. erst vom 21. September 1921 an ausstellen. In diesen Scheinen ist ausdrücklich anzugeben, daß sie auf Grund des Beschl. vom 14. September, betr. die Getreidewirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1921/22 ausgestellt sind.

Danzig, den 14. September 1921.

Der Senat.

103 Dr. Riehm ges. Dr. Eichert.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Mittwoch, den 14. September 1921, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2

Die Ballerina des Königs

Aufführung in 4 Akten von Rudolf Prescher und Leo Stein
Spielleitung: Heinz Brede. Irritation: Emil Werner
Friedrich II., König von Preußen Carl Brühl
Minister Podewils Carl Premsloß
Graf Schulenburg, General
adjutant
General von Winterfeld
General von Solgendorf
Hilfmeister von Alvensleben
Wenzel von Arnoldsdorf
Friedrich von Smertse, Kammerherr und director des
spectacles
Carl Ludwig von Gerecht, Hof- und Regimentsrat
Braun, Hofkammerrichter
Sir Singler
Reynold Cori, Garberoberinspektor
Mayer, Haushofmeister des
Königs
Friedrichshof, Kammerer des
Königs
Ephraim Datschamer, Bankier
Barbara Campanini (die
Ballerina)
Ihre Mutter
Ende gegen 9 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 1.
Der Vetter aus Dingsda. Operette.

Neues Operetten-Theater

vereinigt mit Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute Mittwoch, 14. Sept., abds. 7 1/2 Uhr

„Opernball“

Operette in 3 Akten von Richard Heuberger
Regie: Dir. Otto Normann
Dirigent: Kapellmeister Runge

Freitag: 1. Gastspiel Ludwig Hartau
vom Theater in der Königgräzer Straße
in Ber. n. „König Nicolo“. Schauspiel
in 3 Aufzügen und 9 Bildern mit einem
Prolog von Frank Wedekind.

Sonntag, 18. September, 7 1/2 Uhr: „Die
Sechse mit Lolo“. Schwank in 3 Akten
von Rudolf Bernauer und Rudolf
Schanzer. Großer Lacherfolg! Sehr
kermisch!!

Vorverkauf im Waisenhaus-Geb. Freymann, Kühlenmarkt,
von 10 bis 4 1/2 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 1/2 Uhr
an der Theaterkasse

Kasseneröffnung 6 Uhr.

CIRCUS HENNY

Danzig - Neumarkt.

Heute Mittwoch, den 14. Sept.

2 Vorstellungen 2

Nachm. 3 Uhr. Abends 7 1/2 Uhr.
Kinder zahlen nachm. halbe Preise.
Außerdem laden wir zu dieser Nachmittags-
Vorstellung sämtliche Kinder hiesiger Armen-
und Waisenhäuser zu kostenlosem Besuch ein.
Meldungen vormittags von 10 - 12 Uhr.

Täglich ab vormittags 10 Uhr:
Gr. Probe sow. Raub- u. Tierschau

Neu! Neu! Neu!

Der Mann ohne Knochen!

Das Rätsel aller Professoren usw.

„Klein Pöschchen“ d. Liebling d. Danz. Publik.
als eleg. „Farcos-Retterin“.

Bestmaliges Auftreten der
„Bontes-Truppe“
Gesang und Tanz-Ensemble.

Außerdem großes ungarisches
Zigeunerballiett. Ganzlich neu!

Vorverkauf im Waisenhaus-Geb. Freymann, Kühlenmarkt,
von 10 bis 4 1/2 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 1/2 Uhr
an der Theaterkasse

Reichshof-Palast

Danzigs vornehmstes Weinhau und eleganteste Bar
Täglich 4-Uhr-Gesellschaftstee mit Tanzvorführungen und Gesang

Heute und morgen

Gastspiel der berühmten Filmschauspielerin

Enid Holgers

Lieder zur Laute in deutsch, englisch, russisch

Satz: das erstklassige September-Programm

Ab 7 1/2 Uhr:

(3082

Soupers und à la carte

unter den Klängen der vortrefflichen ungarischen Kapelle Koszeta Dezed

Varieté Wintergarten

Beginn

Ollvaer 730 Uhr Telephone 1925
Tor 10

Direktion: Arthur Löwisch.

Täglich

Großer internationaler Ringer-Wettstreit

um den Gold-Pokal von Danzig

und and. wertvollen Ehrenpreisen, anford. Geldpreise: Mark 10000.— in bar.

Heute, Mittwoch, ringen:

Großes Handicap: Einer gegen Drei

Mans Schwarz gegen 3 Kienischerf

München 127 Kilo gegen 96 Kilo

Altman 104 Kilo

Wilde 100 Kilo

Heute ringen: den russisch. Herkules

Peter Debie gegen Iwan Potrowitsch

Köln 104 Kilo gegen 121 Kilo Rußland

Gustav Naber gegen John Roepell

Ostpreußen gegen 125 Kilo Danzig

Heute ringen: Ferner ringen:

Peter Debie gegen den russisch. Herkules

Köln 104 Kilo gegen Iwan Potrowitsch

Ostpreußen gegen John Roepell

125 Kilo Danzig

HOTEL Danziger Hof

Direktion Alex Brauns

Wintergarten

5-Uhr-Tanz-Tee

Pirnikoff und Pirnikoffka

in ihrem Tanzkutsch

v. Rogé und Yvonne

zeigen Modelanze

Eigene Konditorei! American Bar!

ABENDS REUNION

Vorzügliche Küche!

Große Auswahl gutgepflegter Weine

erster Danziger Firmen!

Masterhafter Restaurationsbetrieb!

Möbel-Berkauf, sehr billig

ganze Wohnungseinrichtungen sowie

einzelne Möbel. Auch Büromöbel.

Otto Eltermann, Möbel- und

Polsterwaren-Fabrik.

3. Damm Nr. 2. — Telefon 5623. 14992

Unter Preis!

1 Posten Knaben-Stiefel Größe 36-39 nach Wahl 120.—, 90.—, 60⁰⁰

1 Posten Spangenschuhe schicke Form 78⁰⁰

1 Posten Schnürschuhe ritzige Form 98⁰⁰

1 Posten Herren-Schnürstiefel hochmoderne Formen 138⁰⁰

1 Posten Filzschuhe Schnallen- und Halbschuh 13.50, 12⁰⁰

Schuh-Sport

Langgasse 84

Die Arbeitsschule

als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft von Heinrich Vogeler.

Preis 2.50 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spennhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft

— Sterbekasse. —

Rein Polizeiverfall.

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Kuskant in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt,

Rathenbuden 33.

Deutschkundliche Woche Danzig

4. bis 9. Oktober. Näheres: Stadtgraben 5 (Deutsches

Konzentralkomitee) Fernspr. 549. Deutscher Holzwärter.



Lichtbild-Theater Langenmarkt No. 2

Letzte 2 Tage!

Der Film des Erfolges!

„Memoiren eines Kammerdieners“

Nach dem berühmten französischen

Roman von Eugène Sue und

„Die Rächer!“

Drama nach dem Roman von

Hermann Wagner.

MODERNE KUNST-SPIELLE

LANGENMARKT

Nur bis Donnerstag:

Der gewaltige Ufa-Film!

Die Schuld

der Lavinia Morland

Mia May

mit

Unbedingt das schönste Filmwerk, das

die Lichtspielkunst bisher geschallen.

Das Mädchen aus der Ackerstraße

Wie das Mädchen aus der Ackerstraße

seine Heimat fand.

Verstärktes Künstlerorchester

Leitung: Hans Löschner

Ein Programm, das niemand versäumen dürfte

3085



Fahrräder

prima Bereifung, nur

Qualitätsware, zu den

billigsten Tagespreisen.

Großes Lager in 14993

Erst- und Zubehörteilen.

Reparaturen

sachgemäß schnell u. billig.

Erstes Danziger

Fahrrad-Haus

Röhl u. Heidenreich,

Breitgasse 5. Tel. 2701.

Kupfer, Messing

Blei, Zink usw.

kauft zum Tagespreis

zu verkaufen. Klein,

Arnold, Pfefferstadt 31.

Nähmaschinen

gar. neu, nur beste Fabr.

von 750 Mk. an.

Zahlungserleichterung.

Bernstein & Comp.

Danzig, Langgasse 50,

neben dem Rathaus.

Beiß. Sportwagen

ohne Verdeck, 1 Damen-

Übergangsmittel und 1

grünseid. eleg. Kleidpreis.

zu verkaufen. Klein,

Arnold, Pfefferstadt 31.

Malergehilfen

steht sofort ein bei freier

Kost und Logis

Hellmuth Rahn

Malermaler, Anlies.

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Stand-

punkt der realistischen Philosophie.

Preis Mark 3.—

Buchhandlung „Volkswacht“

Spennhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

Bahn-Kranke

werden sofort schonendst behandelt

ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse,

Umarbeitungen, Reparaturen in

eiligen Fällen an einem Tage.

Spezialität: Gebisse ohne Platte.

Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold

unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses

Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-

rechnung.

Sprechzeit 9-7, Sonntags 9-12.

Institut für Zahnleidende

Pfefferstadt 71

Telephon 2621. 3316

Robert Ehmann

Altstädter Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hassé.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß

Spezialabteilung für

Damen-Kostüme und -Mäntel

Herren-, Knaben- und Kinder-Konfektion

Berufskleidung. (4780)

Sämtl. Drucksachen

In geschmackvoller Ausführung liefert in

kürzester Zeit bei mäßigen Preisen

Buchdruckerei J. Gehl & Co.,

Danzig, Am Spennhaus 6. Telephon 8290